

**ARGUMENTATIONSHILFE**

# **Gender Pay Gap**

***DIE LINKE.***

# THEMA

## GENDER PAY GAP

### LOHNGERECHTIGKEIT STATT LOHNLÜCKE:

Frauen bekommen im Schnitt 19 Prozent weniger Lohn als Männer. Zum Teil (7 Prozent), weil sie trotz gleicher Arbeit niedriger eingruppiert oder trotz gleicher Gehaltsgruppe schlechter bezahlt werden (Männer kriegen z.B. Sonderzahlungen). Gründe für die restliche Lohnlücke (12 Prozent) sind u.a.: typische weibliche Berufszweige (Pflege, Erziehung, Soziale Arbeit) sind schlecht bezahlt; traditionelle Arbeitsteilung in Familien, die Frauen in Erwerbspausen und Teilzeitjobs zwingt, Frauen scheitern oft an der »gläsernen Decke«, die sie nicht in Führungspositionen aufsteigen lässt. Das 2017 von CDU und SPD verabschiedete Entgelttransparenzgesetz schafft zwar Transparenz, kann jedoch die strukturellen Ursachen für die Lohnlücke nicht beseitigen. Wir haben ein Bündel von Maßnahmen:

- Minijobs sozialversichern und einen armutsfesten Mindestlohn von 13 Euro.
- Statt einem Entgelttransparenzgesetz ein neues Entgeltgleichheitsgesetz mit Rückgrat und Verbandsklagerecht, das in allen Betrieben greift
- Aufwertung der sozialen Berufe: Z.B. wollen wir in der Pflege die Grundgehälter um 500 Euro anheben.
- Frauenquote in Führungspositionen von 50 Prozent
- Rechtsanspruch auf eine gebührenfreie und flächendeckende Ganztagsbetreuung für Kinder.

## Was sagen die anderen?

**CDU/CSU** beschränken sich meist auf bereinigte Lohnlücke (die 7 Prozent) und wollen die Wirkung des Entgelttransparenz-Gesetzes evaluieren.

Die **SPD** will das Transparenzgesetz weiterentwickeln, ein Verbandsklagerecht einführen und Prüfverfahren verpflichtend machen.

**Die Grünen** wollen ein effektives Entgeltgleichheitsgesetz auch für kleine Betriebe, inkl. Verbandsklagerecht und der Aufwertung Sozialer Berufe.

Die **AfD** lehnt alle Instrumente ab, die die »Gender Ideologie« umsetzen.

## LINKE Gegenargumente

Die SPD wollte unbedingt einen »Erfolg« vorweisen, doch das jetzige Transparenzgesetz ist zahlos. Nur zu wissen, wie viel frau im Verhältnis verdient, reicht nicht. Zwar wollen SPD und Grüne auch ein Verbandsklagerecht, um Entgeltgleichheit herzustellen. So können Gleichstellungsbeauftragte oder Gewerkschaften klagen, statt Frauen den individuellen Klageweg zu überlassen. Zumindest die SPD hat dies in der vergangenen Legislaturperiode nicht umgesetzt. Grünen und SPD fordern nur einen Mindestlohn von 12 Euro.